

## Parlamentarischer Vorstoss

2021/538

---

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	<b>Anpassung der Bundesvergütungen Nothilfepauschalen</b>
Urheber/in:	Caroline Mall
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Brunner Markus, Graf, Karrer, Riebli, Ritter, Spiegel, Strub
Eingereicht am:	2. September 2021
Dringlichkeit:	—

---

### **Nothilfepauschalen des Bundes müssen angepasst werden**

Seit der letzten Asylgesetzrevision vergütet der Bund den Kantonen die Aufwendungen für abgewiesene Asylsuchende sowie für Personen deren Gesuch erst gar nicht eintritt (NEE) mit einer vierstufigen Pauschale.

#### **Nothilfepauschalen des Bundes (2021)**

Dublin-Verfahren	CHF	396.-
Beschleunigtes Verfahren	CHF	1'995.-
Erweitertes Verfahren	CHF	5'953.-
Übrige	CHF	4'028.-

Die Ausgaben für das Jahr 2020 beliefen sich für unseren Kanton Basel-Landschaft auf rund CHF 2.1 Mio. bei einer Gesamtvergütung des Bundes für diesen Bereich von CHF 606'194.--. Wir deklarierten also einen Verlust von rund CHF 1'493'806.--.

Aufgrund verschiedener Faktoren ist die Zahl der Personen, die sich im Kanton Basel-Landschaft mit Nothilfeunterstützung aufhalten, in den letzten Jahren stetig gestiegen und ein Ende ist nicht abzusehen. Trotz dieser Entwicklung hat der Bund die Nothilfepauschalen zu Gunsten der Kantone bis Dato nicht angepasst.

Der Bund führt ein regelmässiges Monitoring über die Kosten der Kantone; mit diesem Monitoring ist auch eine regelmässige Überprüfung der Aufwand- und Ertragssituation verbunden, die eigentlich eine allfällige Anpassung der Vergütungen bei Unter- oder Überdeckung verlangt.

Ich denke wir alle sind daran interessiert alles Nötige zu unternehmen, dass eine Verbesserung der aktuellen Aufwandslage in diesem Zusammenhang stattfindet.

---

**In diesem Zusammenhang lade ich die Regierung ein, im Sinne eines Handlungspostulates, diese defizitäre Lücke bei den Nothilfepauschalen insofern zur Deckung zu bringen, als dass die Anpassungen der Bundesvergütungen via SODK für den Kanton und die Gemeinden gefordert und gleichzeitig die Steigerung der Ausschaffungszahlen beantragt werden.**